

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zl., monatlich 4,80 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Zl., monatlich 5,39 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zl., Danzig 8 Zl. Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntagsnummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpaltige Reflektierzeile 125 Groschen. Danzig 10 bzw. 20 Zl. Bf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Nachdruck und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Ofterengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202157 Danzig 2528, Stettin 1847

Nr. 269.

Bromberg, Sonnabend den 21. November 1931.

55. Jahrg.

Geistige Hintergründe ostasiatischen Geschehens.

Von Dr. Friedrich Otte,
Professor an der Reichsuniversität Peking.

Es handelt sich nicht nur um Wirtschaft und Politik bei dem Wiederaufblühen uralter und dem Entstehen neuer Gegensätze im Fernen Osten. Mag man die geistigen Hintergründe als das Eigentümliche oder als eine Begleiterscheinung der politisch-wirtschaftlichen betrachten, auf alle Fälle kann man sie nicht als nebensächlich beiseite schieben. Das Eigentümliche an der ostasiatischen Entwicklung ist heute darin zu suchen, daß die drei Hauptmächte, deren Interessen sich in Mongolei und Mandschurei überschneiden, in den letzten Jahrzehnten eine Entwicklung durchlaufen haben, die sozusagen alles Gemeinsame vernichtet hat, die alten Gegensätze verschärft und neue hat entstehen lassen.

Bis 1910 gab es in Ostasien nur Kaiserreiche. Stieht man von dem 1910 endgültig zum japanischen Nebenland gewordenen Kaiserreich Korea ab, das seinen Kaiser unter der Jahrhunderte langen, milden Oberhoheit der Mandschukaiser hatte behalten dürfen, so brach zuerst China 1911 mit der Jahrtausende alten heiligen Überlieferung, daß ein „Sohn des Himmels“ an der Spitze des Staates zu stehen habe. Stürzte eine Dynastie, so trat bisher nach dem Willen des Himmels eine andere an ihre Stelle, meist nach furchtbaren Wirren und Leiden für das Volk. Etwas anderes konnte es nicht geben, bis zurück zur Chouzeit, 1000 v. Ch., war es nachweisbar so gewesen. Die Gedanken der Jungchinesen gingen zuerst, nachdem die Mandschudynastie fortgesetzt war, nach der Richtung einer demokratischen Republik, im Sinne des amerikanischen Staatsgedankens. Nachdem die Entente China 1918 enttäuscht hatte, ging dieses zur staats-sozialistischen Idee Sunyatis mit den „drei Volkslehren“ von Volk, Demokratie und Wirtschaft unter Ablehnung der marxistischen Klassenkampf- und Mehrwertlehre über. Hieran ist festzuhalten.

In Rußland brach der uralte Kaisergedanke unter Raub und Trümmern der Revolution von 1917 ebenfalls zusammen, und der reinem Marxismus bildete die Grundlage für das Rätesystem der Sowjetrepubliken, in dem — in der Theorie zum mindesten — die Gewalt vom arbeitenden Volke ausgeht. In China und in Rußland hat der reine Parlamentarismus versagt, und zwar in ähnlicher Weise nach einer Übergangszeit; in Rußland die Duma bis 1917, in China das Vorparlament bis 1911 und das Parlament bis 1923.

Japan hielt am Kaisergedanken fest, bildete ihn aber schrittweise um; die feudalistische Zeit war 1869 zu Ende gegangen, die gemäßigt parlamentarische Reichsverfassung geht auf 1889 zurück; der Kaiser bleibt der Oberste Herrscher; wenn auch in den Augen der Gebildeten nicht mehr als Abkömmling der Sonnengöttin, so doch als Sprosse eines Jahrtausende alten japanischen Hauses. Japan allein hat die Überlieferung nicht durchschnitten.

Statt dreier Kaiser, die Oberpriester, oberste Herrscher, oberste Heerführer, vor allem aber auch oberste Richter waren und, wenn nicht gleiche, so doch ähnliche Weltanschauungen vertraten, fuhend auf einem mehr oder weniger stark betonten Gottesglauben, stehen sich jetzt drei feindliche Weltanschauungen in Ostasien gegenüber, die alle drei sich zu behaupten versuchen und jede in der anderen etwas Feindliches, Unverführbares erblickt. Daher die Steigerung der Spannung vom Standpunkt der Staatsidee aus.

Parallel damit geht die Staatsverwaltung. China kennt noch kein Beamtenwesen ähnlich dem europäischen, bei den Sowjets ist die Trennung die Staat, die Wirtschaft und Volk durch die Befestigung des Eigentumsbegriffes vernichtet worden; jeder ist mehr oder weniger Staatsangestellter. Japan hat es verstanden, den westlichen Begriff des Richters und des in seinem Einkommen, der Dauer der Anstellung, der Sicherheit der Person und Stellung geschützten Beamten in seinem Staatswesen zu verankern. Hierin liegt eine der Kraftquellen des japanischen Staates, der auch das Privateigentum anerkennt und schützt, während es in China nur kümmerlich, in den Sowjetrepubliken überhaupt nicht gesichert ist. Andererseits lebt im japanischen Seere auch der hohe Ehrbegriff des Samurais von den Rechten und Pflichten des Kitters weiter. Den Krieg nach innen hin kennt der japanische Offizier nicht; für die chinesische Generalität ist der Bürgerkrieg seit 1911 hingegen, entgegen den Lehren Sun's, Gewohnheitsfrage geworden, Rußland ist durch die heilig gesprochene Klassenkampfidee ebenfalls zum Kampf gegen den Blutsbrüder übergegangen. Also auch in Zivilverwaltung und Militär heute weit getrennte Ziele. Der chinesische Kwomintangsoldat soll die unterdrückten Völker der Erde befreien, als erstes die Chinesen selbst; der Russe hat die unterdrückten Klassen in anderen Staaten, im Kampf gegen ihre Blutsbrüder zu unterstützen; der Japaner dagegen soll auf dem Schlachtfeld nur für die Größe des eigenen Landes und seines Kaisers zu sterben wissen.

Und wie steht es um den metaphysischen Hintergrund, die Religion im Verhältnis zum Staat? Überall in den drei Kaiserreichen vor dem Umsturz Mythos, tief ver-

ankert im Volksempfinden, wenig gepflegte Metaphysik, dafür große Duldsamkeit gegenüber dem transszendentalen Wundergedanken, schon weil der Kaiser ein gottgewollter und oberster Priester war. Heute? In der Sowjetrepublik Ablehnung jedes Religionsprinzips, dafür ein fanatischer, vom Staate gestützter Kampf um und für die Gottlosigkeit. In China schwankende Haltung, bald Duldung jeder Religion, bald Unduldsamkeit auch gegenüber Christentum und Buddhismus, obgleich Sunyatis Christ war und Chiangkai-shek 1930 Christ geworden ist. In Japan wiederum Festhalten am überlieferten Buddhismus in der Form des Mahayana, darunter der Shintuglaube, der Taoismus des Chinesen, Naturglaube verbunden mit der tiefen Überzeugung vom ewigen Wollen und Gestalten des Himmels. Der ist in China auch noch nicht tot, auch in Rußland nicht, wie die so schnell entstandene Märchenwelt um Lenin herum beweist, aber die Schicht der Herrschenden will nichts mehr davon wissen. Also auch auf religiösem Gebiet ein Auseinanderwachsen der drei gewaltigen asiatischen Reiche, ebenso wie auf den Geistesgebieten der Staats- und Verwaltungslehre.

Was versucht Japan jetzt? Von allen Seiten drängt eine neue Welt heran, die das japanische Staatswesen durch Erschütterung der geistigen Fundamente unterhöhlen kann. Die Dritte Internationale ruht nicht in der Äußersten Mongolei hat sie ihre Gedankenwelt eingeführt und greift auf die Innere Mongolei über, bis nach Polynesien und Afrika hin gehen ihre Sendboten. In Japan hat der Staat die Keime der Revolution ertrickt, aber neue Keime können emporen wachsen. Der japanische Mensch und seine Gedankenwelt sind in sich abgeschlossen, eroberte Gebiete wie Korea werden Staatsgebiete zweiter Ordnung, Kolonien unter dem seit Juni 1929 errichteten Überseeministerium. Wenn es heißt, der 1911 abgestorbene Mandschukaiser, — jetzt Henry Iri genannt, — solle unter japanischem Schutze wieder in seinem Stammland, der Mandschurei, eingesetzt werden, so ist das aus der japanischen Gedankenwelt heraus durchaus zu verstehen. Graut den Japanern vielleicht davor, daß sie das Schicksal Rußlands, Chinas, ja vielleicht auch Deutschlands mit der Versailler Knebelung durchmachen müßten, wenn sie erst einmal den Faden der Überlieferung durchschneiden?

Man ist sich in Tokio sehr wohl dessen bewußt, daß in der Mandschurei seit 1910 nicht nur um Kohle, Eisen, Sojabohnen, Hirse und Holz gekämpft wird, sondern auch mit gedanklichen Waffen um grundsätzliche Ziele in Überzeugung, Weltanschauung und um Beherrschung oder Neugestaltung der ostasiatischen Gedankenwelt. Sogar die japanische Sozialdemokratie hat sich Anfang November zum nationalen Gedanken bekannt und, wie die englische, den Internationalismus verworfen.

Der Mandschurei-Konflikt im Rat.

Noch immer keine Klärung.

Paris, 20. November. (P.M.) Die gestrige geheime Sitzung des Völkerbunds war nur von kurzer Dauer. Da Vorschläge von japanischer Seite nicht vorlagen, und die Chinesische Regierung jeglichen Kompromiß, sogar den vom Völkerbund vorgeschlagenen, ablehnt, der die Räumung der besetzten Gebiete von direkten Verhandlungen über die von Japan aufgestellten fünf Punkte abhängig macht, ist die Lage auch weiterhin unklar. Heute soll sich der Rat abermals zu einer vertraulichen Sitzung versammeln.

Wie sich die Wiener „Neue Freie Presse“ aus Paris melden läßt, besteht innerhalb des Völkerbunds gegenwärtig kein einheitlicher Standpunkt in dem chinesisch-japanischen Konflikt. Bemerkbar mache sich eine japanfreundliche Strömung, die ihren Ursprung in französischen Kreisen habe. Im Quai d'Orsay habe man sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung entschlossen, die japanische Formel anzunehmen, die folgendermaßen lautet: „Zunächst Verhandlungen, dann die Räumung der Mandschurei.“

Dagegen sprach sich der englische Vertreter im Völkerbund, Außenminister Simon, dafür aus, daß Japan die im Liga- und Kellogg-Pakt festgesetzten rechtlichen Grundlagen respektiere.

Japans Antwort an den Völkerbundrat.

Paris, 20. November. (Eigene Drahtmeldung.) In Beantwortung der Forderung des Völkerbunds, seinen Standpunkt zu präzisieren, erklärt Japan in seiner Note, daß es die Mandschurei nicht räumen werde, bevor nicht neue chinesisch-japanische Traktate unterzeichnet werden, die die Gültigkeit der vorherigen Traktate bestätigen. Japan werde die Räumung auch in dem Falle nicht durchführen, falls China die Sicherheit der japanischen Staatsangehörigen in Zukunft garantieren würde. Die Erklärung des chinesischen Vertreters Dr. Sche bedeuete für Japan keine ge-

nügende Garantie. Japan lehnt auch den Plan von chinesisch-japanischen Verhandlungen unter gleichzeitiger Durchführung der Räumung der Mandschurei ab.

Vor der Erschöpfung aller sich aus dem Inhalt des Art. 11 des Liga-Paktes ergebenden Mittel wird der Völkerbundrat darüber entscheiden, ob er sich auf die Bestimmungen des Artikels 15 des Liga-Paktes berufen soll, der ein Verfahren vorsieht, bei dem das Einverständnis der im Konflikt befindlichen Parteien für eine Entscheidung des Rats nicht erforderlich ist.

Japan mit Untersuchungsausschuß einverstanden?

Paris, 20. November. (Eigene Drahtmeldung.) In den späten Abendstunden am Donnerstag sind aus Tokio neue Anweisungen für die japanischen Vertreter im Völkerbundrat eingetroffen. Wie es heißt, soll sich die Regierung in Tokio mit der Entsendung eines Völkerbunds-Untersuchungsausschusses nach der Mandschurei einverstanden erklären. Man ist daher für den Fortgang der Verhandlungen wieder optimistischer.

Die Schlacht von Tsitsikar.

Tokio, 20. November. (P.M.) Das Kriegsministerium bestätigt, daß die japanischen Truppen in Tsitsikar eingedrungen sind. Während des Kampfes wurde die Stadt von fünf japanischen Flugzeugen beschossen. Dabei wurden Militärlager mit Lebensmitteln und Kriegsgüter vernichtet. Infolge des Bombardements wurden mehrere umliegende Dörfer in Asche gelegt. Die Eisenbahnlinie Tawan-Ankanki wurde der Verwaltung der nordmandschurischen Eisenbahn unterstellt.

Wie die Wiener „Neue Freie Presse“ aus Wukden meldet, erfolgte der japanische Angriff am Nonni-Flusse unter Teilnahme von 5000 Soldaten aller Waffengattungen (Infanterie, Kavallerie, Tanks, Bombenflugzeuge und Panzerzüge). Nach einigen Stunden wurde der chinesische Widerstand gebrochen. Bei Ankanki wurde ein chinesischer Gegenangriff unternommen, der die Japaner eine gewisse Zeitlang aufhielt. Dann aber ergriffen die Truppen des Generals Ma die Flucht. Das technische Übergewicht der Japaner brachte in dem Kampfe mit dem fünfmal zahlreicheren Gegner die Entscheidung.

Die Chinesen auf dem Rückzuge.

Tokio, 20. November. (P.M.) Im nördlichen Teil der Mandschurei ziehen sich die Chinesen zurück, verfolgt von den japanischen Truppen. General Ma soll in der Stadt Kotschanschen, nordöstlich von Tsitsikar, Schutz gesucht haben.

Ma beantwortet das japanische Ultimatum.

Moskau, 20. November. (P.M.) Nach hier eingegangenen Informationen hat General Ma in seiner Antwort auf das Ultimatum Japans die Zurückziehung der chinesischen Truppen aus dem Nonni-Gebiet von der gleichzeitigen Räumung dieses Gebiets durch die japanischen Truppen abhängig gemacht. Weiter soll General Ma betont haben, daß er als Gouverneur von Hallungkiang das Recht habe, seine Truppen beliebig zu konzentrieren, die südlich von der ostchinesischen Eisenbahn gelegenen Bezirke nicht ausgeschlossen.

Die chinesische Welt gegen Japan.

United Press meldet aus Nanjing: Auf die Meldung von der Niederlage der Chinesen in der entscheidenden Schlacht bei Tsitsikar hin ist man in Zentralchina an die Organisation einer Gegenoffensive herangetreten. Man hat den Versuch unternommen, ganz China vollkommen zu einigen, da nur die Eintracht der Chinesen das Vorrücken der Japaner aufhalten könne. Es wird geplant, in der nächsten Zeit eine 2 Millionen Mann starke Armee auf die Beine zu stellen, die den Truppen des im Norden kämpfenden Generals Ma zu Hilfe kommen soll. Die Stimmung unter der Bevölkerung und innerhalb der Regierungskreise ist sehr ernst und entschieden.

Japanische Antwortnote an die Sowjets.

Tokio, 20. November. (P.M.) In der Antwort auf die letzte sowjetische Note stellt Japan den Vorwurf in Rede, als ob es Gerüchte über eine Hilfe der Sowjettruppen verbreitet habe. Diese Gerüchte sind nach Ansicht Japans von den chinesischen Befehlshabern in der Provinz Hallungkiang in Umlauf gesetzt worden, um den chinesischen Truppen Mut einzusprechen. Rußland müsse daher seine Klage an China richten, sofern es wirklich eine Politik der strikten Neutralität zu bewahren wünsche. Japan gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Rußland denselben Standpunkt der unbedingten Neutralität einnehmen werde, wie ihn Japan während des chinesisch-russischen Konflikts eingenommen habe. Die Japanische Regierung betont weiter, sie werde darüber wachen, daß die russischen Interessen keinen Schaden erleiden.

